

Die PAL-SECAM-Debatte

Kontroverse um das Farbfernsehen in der DDR

Quelle

Glaubitz, Gerald (2003): PAL oder SECAM? Die ideologisch-politischen Auseinandersetzung um das Farbfernsehsystem der DDR. In: Rundfunk und Geschichte e. V. (Hrsg.): Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte. 29. Jahrgang Nr. 3–4/2003, S. 132-137.

Die Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Studienkreises Rundfunk und Geschichte e.V. (Dr. Hans-Ulrich Wagner)

Gerald Glaubitz

PAL oder SECAM?

Die ideologisch-politische Auseinandersetzung um das Farbfernsehsystem der DDR*

PAL wie SECAM sind in technischer Hinsicht Modifikationen der 1953 vom amerikanischen Fernsehnormenausschuss National Television System Committee (NTSC) festgelegten US-amerikanischen Farbfernsehnorm. Beiden geht es um die Vermeidung der für das amerikanische Verfahren typischen »Phasenfehler«, die als Farbverzerrungen am Bildschirm erscheinen. Beim vom Telefunken-Ingenieur Walther Bruch (1908-1990)¹ entwickelten PAL (»Phase Alternation Line«) wird dies durch eine zeilenweise Phasenveränderung erreicht. Marktfähig war es 1965; in der Bundesrepublik Deutschland, in der das Farbfernsehen 1967 eingeführt wurde, erklärte man es anlässlich der Funkausstellung in Berlin zur deutschen Fernsehnorm. PAL ist heutzutage in fast allen Ländern Westeuropas sowie in zahlreichen außereuropäischen Ländern der Standard für das Farbfernsehen.

Das vom Franzosen Henri de France (1911 - 1986)² entwickelte SECAM-Verfahren (»Sequentiel Couleur à Memoire«) wurde 1966 offizielle Fernsehnorm in seinem Ursprungsland. In modifizierter Form führte man es - infolge des französisch-sowjetischen Farbfernsehvertrags von 1965, der die Übernahme des Systems für die UdSSR vorsah - als »SECAM-Ost« in den osteuropäischen Staaten ein, und es wurde in der DDR bzw. Ostdeutschland bis 1991 angewandt. Heutzutage ist dieser französische Fernsehstandard neben Russland u.a. in Monaco und Griechenland sowie in zahlreichen Ländern Afrikas und des Mittleren Ostens verbreitet.

Kampf um eine einheitliche europäische Fernsehnorm

Gemäß der vom französischen Staatspräsidenten geprägten Formulierung »Qui tient la television tient un pays!«³ verließ die zunächst auf technische Zirkel beschränkte Auseinandersetzung um eine einheitliche europäische Farbfernsehnorm den engen Kreis von Spezialisten und erfuhr eine allgemeine Politisierung. Durch die von Nationalstolz und kulturpolitischem Missionsdrang und nicht zuletzt französischen Wirtschaftsinteressen getragene persönliche Initiative des Generals zur europaweiten Ausbreitung des eigenen Farbfernsehensystems verband sich eine eigentlich rein technische Frage ab 1965 mit den allgemeinen politisch-ideologischen Wett-

kampf der Blöcke NATO und Warschauer Pakt. Als wichtiger Schritt einer von Frankreich betriebenen Politisierung kann vor allem der medienwirksam inszenierte Besuch des französischen Informationsministers Alain Peyrefitte beim »Systemgegner«, beim sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin, zur Propagierung des SECAM-Systems vom Januar 1965 gewertet werden.⁴ Die vom französischen Staat betriebene Politik, welche die Sonder- und europäische Führungsrolle Frankreichs stets betonte,⁵ gipfelte nach erfolgreichen Vorführungen des SECAM-Systems durch französische Ingenieure in Moskau im französisch-sowjetischen Vertrag, der am 22. März 1965 in Paris unterzeichnet wurde und der die Übernahme von SECAM durch die Sowjetunion zum Gegenstand hatte.

Insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, am geographischen Schnittpunkt der politisch-militärischen Blöcke, wurde das französische Vorgehen mit Besorgnis zur Kenntnis genommen. Das galt vor allem für die publizistische Öffentlichkeit, aber auch für Teile der politischen Klasse. So befürchtete man, dass die so genannte »Sowjetische Besatzungszone«, als die man den zweiten deutschen Staat gemeinhin bezeichnete, in der Farbfernsehfrage ganz selbstverständlich dem Beispiel des »großen Bruders« UdSSR folgen und SECAM einführen würde. Dies bedeutete - bei voraussehender Präferenz der Bundesrepublik für die Telefunken-Entwicklung PAL - eine Vertiefung der deutschen Spaltung im kulturellen Bereich durch eine vorsehbare Separatentwicklung beider deutscher Staaten in einer zentralen Frage der öffentlichkeitswirksamen Massenkultur.⁶

Ohne auf das komplexe Beziehungsgeflecht zwischen der Bundesrepublik und Frankreich näher einzugehen, ist festzuhalten, dass die bundesdeutschen Politiker in der Auseinandersetzung um die strittige Frage des Farbfernsehensystems die 1963 durch den historischen deutsch-französischen Freundschaftsvertrag⁷ begonnene Aussöhnung mit dem westlichen Nachbarn nicht gefährden wollten. Festzuhalten ist aber auch, dass sich seit dem Regierungsantritt des »Atlantikers«, des Bundeskanzlers Ludwig Erhard, im Herbst 1963 die bilateralen deutsch-französischen Beziehungen bereits verschlechtert hatten.⁸

So blieb auch ein Treffen des Staatsministers und Leiters des Bundespresseamtes, Karl Günther von Hase, mit dem französischen Informati-

onsminister Peyrefitte auf einem Rhein-Dampfer am 26. April 1965 ergebnislos.⁹ Auch gelang es nicht, die technischen und politischen Systemdifferenzen bei der Suche nach einer einheitlichen europäischen Fernsehnorm auf fernsehtechnischen Tagungen in Wien (24.3. - 7.4.1965) und Oslo (22.6.-22.7.1966) auszuräumen. Es ergab sich eine Zweiteilung des Kontinents: eine Ost-West-Achse des SECAM-Systems in seiner optimierten Version IIIb, und eine Nord-Süd-Achse von PAL.

DDR für SECAM

Die DDR folgte schließlich nach langen, etwa vierjährigen Verhandlungen mit den Patenteignern CSF und CFT¹⁰ dem Vorbild des großen Bruders UdSSR, als sie mit der Unterzeichnung des Rahmenabkommens mit dem französischen Unternehmen im März 1969 Kurs auf SECAM nahm. Diese Norm führte sie nach der Unterzeichnung des privatrechtlichen Lizenzabkommens vom 12. Mai im Zuge des Starts des 2. Fernsehprogramms des Deutschen Fernsehfunks (DFF) am 3. Oktober 1969 ein - mit großem ideologischen Pomp anlässlich des 20. Jahrestages der Republik.

An dieser Stelle ist zum besseren Verständnis der politisch-ideologischen Dimension der Farbfernsehfrage in der DDR ein kurzer Abriss wesentlicher Elemente des allgemeinen innenpolitischen und außenpolitischen Kontexts des ostdeutschen Staates Mitte bis Ende der 60er Jahre sinnvoll.

Dabei muss man unterstreichen, dass die Jahre, in der die PAL-SECAM-Kontroverse stattfand und vor deren strukturellem Hintergrund die Farbfernsehentscheidung der DDR fiel, eine Ära der machtpolitischen und wirtschaftlichen Konsolidierung des SED-Staates waren: Zum einen konnte die DDR-Führung nach dem massenweisen »Abfluss« von Unzufriedenheitspotenzial durch Flucht und durch die gewaltsame Abschottung von politischer Einflussnahme infolge des Mauerbaus 1961 ungestört ihr politisches Programm umsetzen. Diese mit gewalttätigen Mitteln vollzogene »Lösung« der Krise ließ sie durch ansatzweise durchgeführte Wirtschaftsreformen »gesamtwirtschaftlich ein bemerkenswert stetiges, relativ hohes Wirtschaftswachstum - mit leicht fallender Tendenz«¹¹ ab Ende der 60er Jahre erreichen. Zum anderen ist damit als große reformpolitische Chance das »Neue Ökonomische System der Planung und Leitung«¹² von 1963 verbunden, das, ähnlich dem späteren sowjetischen Reformprogramm unter Gorbatschow, in den Betrieben mehr Entscheidungsspielraum, insgesamt mehr Wettbewerb und

marktwirtschaftliche Elemente einführen wollte. Dieses scheiterte jedoch am Widerstand des bürokratischen Apparats, wurde bis 1965/66 sukzessive zurückgedrängt und bis 1971 schließlich ganz abgebrochen.

Als weiteres Element ist neben der politisch-ökonomischen Krisenbewältigung, die durchaus bis zum berühmt-berüchtigten 11. ZK-Plenum der SED auch für den künstlerischen und fernseh-dramatischen Bereich mehr Freiheiten vorsah,¹³ die Außenpolitik zu sehen, bei der man im Sinne politisch-diplomatischer Anerkennung bis in die 70er Jahre bescheidene Erfolge erzielte (Anerkennung durch Irak und Ägypten 1969 sowie Zentralafrikanische Republik, Somalia, Algerien, Ceylon, und Guinea 1970). Gerade dieser Gesichtspunkt muss betont werden, da bei der diplomatisch-souveränitätspolitischen Aufwertung der DDR auch die Farbfernsehfrage als zentrales Anliegen galt,¹⁴ und dies gerade vor dem Hintergrund der bundesdeutschen Hallstein-Doktrin.¹⁵ Dabei ist aber auch auf den bundesrepublikanisch-ostdeutschen Entspannungsprozess zu verweisen, der von DDR-Seite mit dem Abschluss völkerrechtlich verbindlicher Verträge (u.a. Unterzeichnung des Transitabkommens vom 17./20.12.1971, des Grundlagenvertrags vom 21.12.1971 sowie des Verkehrsvertrags vom 26.5.1972) auf den Aufbau gleichberechtigter staatlicher Beziehungen und internationale Anerkennung der DDR zielte, was mit der Aufnahme der DDR in die UN (zusammen mit der Bundesrepublik) als Vollmitglied am 18. September 1973 auch erreicht werden konnte.

Allerdings ist der durch Abkommen gekrönte Prozess von DDR-Seite auch ab Anfang der 70er Jahre immer auch als ein »Abwehrkampf« westdeutschen »imperialistischen Einflusses« geführt worden - ein weiteres Motiv der Politisierung der Farbfernsehfrage schon ab Mitte der 60er Jahre. In diesem Kontext steht die hier nicht näher zu erörternde Veränderung des DDR-offiziellen Nationenkonzepts,¹⁶ die sich von der Konzipierung der Einheit der (Kultur-)Nation, bei staatlicher Teilung (Verfassung von 1968: »sozialistischer Staat deutscher Nation«), zur Behauptung der Existenz zweier grundsätzlich getrennter Nationen in Ost- und Westdeutschland ab Anfang bis Mitte der 70er Jahre vollzog.

Instrumentalisierung der Farbfernsehfrage durch den SED-Staat (1965-1969)

Die Farbfernsehfrage, d.h. der Streit um PAL oder SECAM, war für die zuständigen Stellen der DDR-Führung von Anfang an ein Politikum, das im Kontext der geschilderten machtpolitischen

Stabilisierung und vor allem auch des allgemeinen Verhältnisses zu Frankreich betrachtet wurde. Dieses war - durchaus im Sinne der bundesrepublikanischen Politik - durch politisch-staatliche Nichtanerkennung von Seiten Frankreichs geprägt. Ohne jetzt en Detail auf Länderanalysen der französischen Republik einzugehen, erstellt etwa von der DDR-Handelsvertretung in Paris,¹⁷ oder etwa auf Überlegungen im Politbüro,¹⁸ ging es für die DDR vor allem darum, politisches Kapital aus der selbst definierten Sonderrolle der »grande nation« zu schlagen. Die scheinbaren »innerimperialistischen Widersprüche«, die deutlich wurden in der (vermeintlichen) antiamerikanischen Tendenz de Gaulles und die sich nebenbei auch in seiner prononcierten SECAM-Initiative - ohne Rücksichtnahmen auf den PAL-präferierenden westdeutschen Verbündeten - zeigte, sollten von der DDR ausgenützt werden. Dabei stand für die Spitze der Deutschen Post der DDR, die in technisch-planerischer Hinsicht in der Farbfernsehfrage federführend war, bei den Verhandlungen mit den privatwirtschaftlichen französischen SECAM-Patenteignern der Aspekt politisch-diplomatischer Aufwertung des ostdeutschen Staates im Zentrum. Ständig war man bemüht, offizielle französische Regierungsvertreter, bevorzugt im Ministerrang, mit einzubeziehen,¹⁹ wie der stellvertretende DDR-Postminister Gerhard Probst am 26. April 1968 formulierte. Es sei erforderlich, »dass Vertreter der zuständigen französischen Behörden in diese Kommission aufgenommen werden.«²⁰ Als äußerstes Entgegenkommen wurde von französischer Regierungsseite jedoch nur die Beteiligung eines Vertreters des staatlichen Fernsehens »Office de Radiodiffusion-Télévision Française« (O.R.T.F.) betrachtet,²¹ die man dann auch in den französischen Verhandlungsdelegationen realisierte.

Ein weiteres wesentliches Hindernis, das die Verhandlungen zwischen der DDR und den französischen Firmen CSF/CFT ungeheuer erschwerte, waren die von staatlicher französischer Seite den DDR-Unterhändlern gemachten Reiseschwierigkeiten - ein Problem, das aus der Nichtanerkennung der DDR durch Frankreich resultierte. Dies bedeutete für reisewillige DDR-Unterhändler, die in Sachen SECAM Frankreich besuchen wollten, dass sie sich persönlich nach (West-)Berlin begeben mussten »d'abord pour demander en personne un sauf-conduit aux autorités alliées, puis pour venir le reprendre, ensuite pour demander le visa français, enfin pour venir le reprendre.«²² Führende Vertreter der Post wollten dagegen selbstredend »unter Ausschaltung des Alliierten Reisebüros mit einer sozialistischen Fluglinie«²³ nach Frankreich einreisen. Kleine Erfolge erzielte die DDR u.a. da-

durch, dass die Eingaben der Deutschen Post zur Behebung der »Reiseschwierigkeiten« in Frankreich Anlass waren für Interventionen des für die Verbreitung von SECAM zuständigen (und von de Gaulle ernannten) interministeriellen Delegierten für das Farbfernsehen beim französischen Außenministerium.²⁴ Die von DDR-Unterhändlern als »demütigend« beschriebenen »Reiseschikanen« fanden auch Ausdruck in zahlreichen schriftlichen Interventionen der Post bei der französischen Unternehmensführung, die in Form von Appellen z.B. des Präsidenten der CFT, Cahen-Salvador, an den französischen Außenminister, Michel Debre, unter Betonung der politisch-strategischen Bedeutung einer möglichen Übernahme des SECAM-Systems weitergereicht wurden.²⁵ Obwohl schließlich auch ostdeutsche Delegationen nach Paris kamen, fanden die meisten Treffen in (Ost-)Berlin und Leipzig und während beider Messen statt. Allerdings wurde dem von DDR-Seite führenden Unterhändler in der Farbfernsehfrage, dem stellvertretenden Postminister, die Einreise nach Paris während der etwa vierjährigen Verhandlungen in keinem einzigen Fall ermöglicht.²⁶

Ganz klar wird in den Verhandlungen um das französische SECAM-System, dass die DDR-Hoffnungen, »innerimperialistische Widersprüche« zur Verbesserung des eigenen souveränitätspolitischen Status ausnützen zu können, übertrieben waren. Trotz der französischen Sonderrolle wollte die gaullistische Führung Rücksicht nehmen auf die Alliierten, insbesondere den unmittelbaren östlichen Nachbarn Bundesrepublik, zumal in der zentralen Frage der Nichtanerkennung der DDR. Diese offizielle staatliche Linie wurde z. B. in einer Notiz für den französischen Premierminister vom 11. September 1967 dargelegt:

»Tout en faisant valoir aux Ministres de la R.D.A. que la France, malgré son éloignement du NATO, ne pouvait être infidèle à ses engagements vis-à-vis de ses alliés, il est apparu que des solutions de compromis pouvaient être trouvées qui sans constituer une reconnaissance officielle de la R.D.A. par la France, permettraient au moins de faciliter discrètement les affaires et les déplacements de personnes entre les deux pays.«²⁷

Obwohl die DDR-Unterhändler angesichts der geschilderten politischen Schwierigkeiten ihren Verhandlungspartnern die Offenheit der Fernsehsystemfrage signalisierten, mithin die mögliche Übernahme des westdeutschen PAL-Systems durch die DDR, war dies nur Taktik zur Verbesserung der ökonomisch-politischen Konditionen. Die Entscheidung zugunsten des französischen und sowjetischen SECAM-Systems war gemäß eines über Jahre hinweg geheim gehaltenen Beschlusses des Präsidiums des Minis-

terrates vom 22. Dezember 1966,²⁸ der vom Politbüro am 31. Januar 1967²⁹ bestätigt wurde, relativ frühzeitig gefallen.

Für die politische Instrumentalisierung eines eigentlich technischen Problems, wie es das Farbfernsehen darstellt, spricht im Übrigen, dass es beim Rundfunk- und Fernsehtechnischen Zentralamt der DDR-Post in Berlin-Adlershof, insbesondere seinem Farbfernsehversuchslabor, starke, empirisch begründete Präferenzen vom März 1965 zugunsten des im doppelten Sinne westdeutschen Systemgegners, des PAL-Fernsehensystems, gegeben hat.³⁰ Diese stellte man zugunsten einer politischen (SECAM-)Systementscheidung jedoch zurück!

Scheitern der angestrebten außenpolitischen Aufwertung

Neben der mittels Farbfernsehfrage angestrebten, aber eigentlich gescheiterten souveränitätspolitischen Aufwertung der DDR zeigte sich die Politisierung dieses technischen Bereichs vor allem auf dem klassischen Feld massenmedialer Beeinflussung, bei der inhaltlich-ideologischen Zielorientierung des Farbfernsehens durch die DDR-Führung. Zum einen ging es in einer Studie der Deutschen Post vom 4. November 1966 - unter Bezug auf den westdeutschen »Klassenfeind« als politisches Referenzsystem, das auf der Berliner Funkausstellung 1967 das farbige Fernsehprogramm starten würde - um den Abwehrkampf (angeblicher) westdeutscher ideologischer Diversion durch die DDR-interne

»- tägliche (...) Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Sinne der Politik von Staat und Partei,
- die Vertiefung des sozialistischen Patriotismus und des sozialistischen Internationalismus,
- die sozialistische Einstellung zur Arbeit und zum gesellschaftlichen Eigentum,
- die Verbreitung der wissenschaftlichen Weltanschauung und der Austausch der Erfahrungen bei der schöpferischen Anwendung des Marxismus-Leninismus in der täglichen Arbeit in Staat und Gesellschaft.«³¹

Zum anderen zielten die ideologischen Planungen auf »die tägliche Einwirkung auf Millionen Bürger West-Berlins und Westdeutschlands«, die durch die Politik der DDR davon überzeugt werden sollten, dass »im verbliebenen Herrschaftsbereich des Imperialismus entscheidende demokratische Veränderungen zu erkämpfen sind.«³² Der ideologische Kampf konnte freilich unter Bedingungen unterschiedlicher Farbfernsehensysteme in Ost- und Westdeutschland und bei gegenseitiger eingeschränkter Empfangbarkeit der Programme nur in vermindelter Schwarzweiß-Qualität geführt werden, was in den Pla-

nungsabteilungen der DDR mitunter mit Besorgnis thematisiert wurde.

Als Kontrollinstanz zur Durchsetzung dieser ambitionierten ideologischen Pläne fungierte für die inhaltliche und programmplanerische Ebene das von Heinz Adameck³³ geleitete Staatliche Komitee für Fernsehen beim Ministerrat der DDR, das nach der Auflösung des Rundfunkkomitees mit dem Intendantzbereich Fernsehen im September 1968 zu einer Institution noch strafferer zentralistischer Kontrolle des Fernsehens geworden war. Im DFF-Studienmaterial »Zur inhaltlichen Konzeption für das Farbfernsehen«³⁴ für den innerbetrieblichen Gebrauch durch leitende Mitarbeiter betonte Adameck im Juli 1968 z.B. unter anderem auch den agitatorischen Kern des geplanten Farbfernsehens. Wie das Führungspersonal der Post entwarf Adamecks direkter Vorgesetzter, Alexander Abusch,³⁵ als Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats Hauptvertreter der »kulturellen Front« Ostdeutschlands, am 11. Juli 1968 in einer Beratung über die Einführung des Farbfernsehens das Szenario eines »ideologischen Abwehrkampfes«.³⁶

Dabei hatte man sich - angesichts der schon vollzogenen farbigen Einstrahlung aus Westdeutschland - bereits zum offiziellen Start einer »bunten« Versendung im Rahmen des 2. Programms des Deutschen Fernsehfunks entschieden. Dieses begann dann als SECAM-Fernsehnorm (nach der Übertragung der Eröffnungsfeierlichkeiten am 3. Oktober) einen Tag später, um 20.00 Uhr bezeichnenderweise mit einer Hommage an den »großen Bruder« UdSSR: »>Schlager einer großen Stadt«, aus Moskau, übernommen vom sowjetischen Fernsehen, in Farbe, mit Larissa Lushina und Heinz-Florian Oertel.«³⁷

Anmerkungen

* Der Text ist im Zusammenhang mit der von der DFG geförderten Untersuchung: Die PAL-SECAM-Kontroverse in der DDR: Die politisch-ideologische Instrumentalisierung der Farbfernsehfrage durch den ostdeutschen Staat zwischen 1965 und 1969, entstanden. Sie ist im GNT-Verlag, Berlin/Diepholz 2003, erschienen.

¹ Vgl. die noch ungedruckte Aachener Dissertation von Andreas Fickers: »Politique de la grandeur« versus »Made in Germany«. Die Analyse der PAL-SECAM-Kontroverse als Beispiel einer politischen Kulturgeschichte der Technik. Manuskript, S. 139ff.

² Vgl. ebd., S. 171-178.

³ Zit. nach: Alain Peyrefitte: C'était de Gaulle. Vol. 2. Paris 1997, S. 386.

- ⁴ Vgl. zur Widerspiegelung des Besuchs im Bundespresseamt: Vermerk, um den 13.1.1965. BA Koblenz B 145/ 1356.
- ⁵ Diese ist vor allem auch im Kontext des 1966 von Frankreich vollzogenen Ausstiegs aus der militärischen Integration der NATO und der Entwicklung einer eigenständigen Atomstreitmacht (Force de Frappe) zu sehen. Unter Wahrung seiner politischen Mitgliedschaft zog Frankreich im März 1966 endgültig seine Truppen aus der NATO zurück. Vgl. Stefan Martens: Die fünfte Republik in der Ära de Gaulle. 1958-1969. In: Ernst Hinrichs (Hrsg.): Kleine Geschichte Frankreichs. Stuttgart 1994, S. 433-438, hier S. 435.
- ⁶ »Der Spiegel« fasste das politische »Dilemma« der Bundesrepublik zusammen: »Die Bundesrepublik, farbig eingekreist, hat nur die Wahl, entweder bei ihrem PAL zu bleiben und damit Deutschland auch noch mit der Buntröhre zu spalten und die Ausstrahlungsmöglichkeit in die DDR zu verlieren, oder sie muss den französischen Akkord mitspielen.« In: Der Spiegel Jg. 19(1965), Nr. 14, S. 115.
- ⁷ Vgl. Martens: Die fünfte Republik (wie Anm. 5), S. 434.
- ⁸ Das leicht angespannte deutsch-französische Verhältnis hatte auch Auswirkungen in Gestalt der gebremsten französischen Europapolitik: Verweigerung des britischen EWG-Beitritts 1963, Ablehnung des Budgetrechts für das Europäische Parlament, Angriffe auf Walter Hallstein, den Präsidenten der EWG-Kommission. Ebd., S. 436.
- ⁹ Vgl. Andreas Fickers: Standardization as an Object of Systematical Technical Historiography - The Case of Color Television. In: Wilfried Hesser (Hrsg.): Proceedings of the Second Interdisciplinary Workshop on Standardization Research. Hamburg 1999, S. 118-141, hier S. 132.
- ¹⁰ Die Farbfernseh-Patente Henri de Frances übernahm das französische Unternehmen Compagnie Française de Television (CFT). Bei CFT handelt es sich um eine jeweils 50prozentige Tochterfirma der Compagnie de Saint-Gobain und der Compagnie de Telegraphie Sans Fil (CSF).
- ¹¹ Enzyklopädie der DDR. Digitale Bibliothek. Bd. 32. Berlin 2000, S. 6997f.
- ¹² Vgl. ebd., S. 4689.
- ¹³ Vgl. (selbst)kritisch zum 11. ZK-Plenum: Hans Bentzien: »Schluß mit den Spinnereien«. Das Ende sozialistischer Kulturpolitik auf dem 11. Plenum. In: Heide Riedel (Hrsg.): Mit uns zieht die neue Zeit... 40 Jahre DDR-Medien. Berlin 1993, S. 154-161.
- ¹⁴ Die Dringlichkeit der Anerkennungsfrage wird dabei in einem internen Papier der Westkommission beim Politbüro vom September 1963 deutlich: »Die wachsende Diskussion über die Notwendigkeit, die DDR in irgendeiner Form anzuerkennen bzw. ihre Existenz wenigstens zu respektieren, muss mit allen Mitteln gefördert werden.« Zit. nach: Klaus Schroeder: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990. München 1998, S. 190.
- ¹⁵ Bei der Hallsteindoktrin handelte es sich um ein fundamentales außenpolitisches Prinzip der deutschen Bundesregierung das, in Verweis auf völkerrechtliche Gesichtspunkte, den Alleinvertretungsanspruch für das gesamte deutsche Volk »begründete«. Gemäß dieser Doktrin wurde seit 1955 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen eines Landes zur DDR (mit Ausnahme der UdSSR) zum »unfreundlichen Akt« gegenüber der Bundesrepublik Deutschland erklärt, mit der Folge, dass die Bundesregierung ihrerseits die diplomatischen Beziehungen zu dem betreffenden Land abbrach bzw. zu Ländern, die diplomatische Beziehungen zur DDR unterhielten, keine diplomatischen Beziehungen aufnahm oder - seit Mitte der 60er Jahre - mit der Einstellung von Wirtschaftshilfe antwortete. Der von Walter Hallstein, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, konzipierte Grundsatz sollte dazu dienen, die internationale Isolierung der DDR aufrechtzuerhalten, nachdem die Bundesregierung diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion aufgenommen hatte, um dem besonderen Verhältnis zur vierten Besatzungsmacht gerecht zu werden und die letzten Kriegsgefangenen auszulösen. 1957 und 1963 brach man in Berufung auf die Hallsteindoktrin die Beziehungen zu Jugoslawien und Kuba ab. Seit Mitte der 60er Jahre erwies sie sich zunehmend als Hindernis auf dem Weg zu besseren Beziehungen, insbesondere zu den Staaten des Ostblocks. Nach Bildung der großen Koalition 1966 wurde die Hallsteindoktrin flexibler gehandhabt und nach Abschluss des Moskauer Vertrags 1970 und des Grundlagenvertrags zwischen beiden deutschen Staaten 1972 endgültig aufgegeben. Vgl. Rüdiger Marco Booz: Hallsteinzeit. Deutsche Außenpolitik 1955-1972. Bonn 1995.
- ¹⁶ Jürgen Reuter: Die Abgrenzungspolitik der DDR von der Bundesrepublik Deutschland in den Siebzigerjahren und frühen Achtzigerjahren. Bonn 1991, S. 72f., 126ff.
- ¹⁷ Vgl. Politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Frankreichs, 1967. BA Koblenz DL 2 VA N 1329 und Jahresanalyse 1969, Paris, 7.1.1970. BA Berlin DL 2/VAN 1583.
- ¹⁸ Vgl. BA Berlin DY 30 J IV 2/2A /1106.
- ¹⁹ So plädierte ein Hauptdirektor der Deutschen Post dafür, dass Minister der französischen Seite an der Delegation teilnehmen sollten. Dies zeigt z. B. ein aus dem Frühjahr 1968 stammendes Schreiben des Postministeriums an CFT: »Nous attachons un grand prix à ce que dans la délégation française il y ait des représentants des Ministères français.« Vgl. Archives du Comité d'Histoire de la Television, Paris. Nachlass Michel Dubail, CFT-»Directeur Administratif et Financier« (ungeordnet, kein Findbuch vorhanden), S. 2.
- ²⁰ Ebd., S. 3.
- ²¹ Ebd., S. 2.
- ²² Ebd., S. 1.

- ²³ Dies forderte Punkt 1 der »Konzeption für die Besprechung mit den Vertretern der Republik Frankreich über Fragen der Einführung des Farbfernsehens«, 14.6.1965. Vgl. BA Berlin DM 3 / 8290, S. 3.
- ²⁴ Vgl. Archives du Comité (wie Anm. 19).
- ²⁵ Vgl. ebd., S. 1.
- ²⁶ Auch wenn DDR-Postminister Schulze bis kurz vor der französisch-ostdeutschen Einigung in einer Direktive vom 2.1.1969 an eine DDR-Verhandlungsdelegation, die vom 13. bis 18.1. nach Paris reiste, Folgendes als ein Verhandlungsziel festlegte: »Die Verhandlungen mit den Vertretern Frankreichs sind mit der Zielstellung zu führen, dass die Ergebnisse der Unterschrift des Stellvertreters des Ministers für Post- und Fernmeldewesen, Genossen Probst, bedürfen, um damit erneut auf die Erteilung der Visa Einfluss ausüben zu können.« Vgl. die Direktive für die Verhandlungen mit den Vertretern der Französischen Republik zur Ermittlung der Bedingungen für die Übernahme des Farbfernsehensystems SECAM IIIb seitens der DDR. Ebd., S. 2.
- ²⁷ Ebd., S. 2.
- ²⁸ Vgl. BA Berlin DC 20 1/4/ 1470.
- ²⁹ BA Berlin DY 30 J IV 2/2 /1096, S. 6.
- ³⁰ Vgl. Vergleich der Farbfernsehensysteme NTSC, SECAM und PAL. Interne technische Mitteilungen aus dem RFZ. Sonderheft März 1965 (nur für den Dienstgebrauch).
- ³¹ BA Berlin DM 3 / 8290, S. 21
- ³² Alle Zitate ebd.
- ³³ Enzyklopädie der DDR (wie Anm. 11), S. 10406f.
- ³⁴ Vgl. Betriebsakademie des DFF unter Mitarbeit der Fachkommission Farbfernsehen (Hrsg.): DFF Studienmaterial. Zu Problemen des Farbfernsehens, H. 2 (August 1968).
- ³⁵ Abusch war gemäß dem »Geheimbeschluss« »über die Vorbereitung und Einführung des 2. Fernsehprogramms (Farbfernsehen) in der DDR« durch das Präsidium des Ministerrats vom 22.12.1966 die koordinierende Federführung zugewiesen worden, was wiederum die ideologische Zentrierung des Gesamtprojekts zeigte. Vgl. BA Berlin DC 20 1/4/ 1470.
- ³⁶ Staatliches Komitee für Fernsehen. BA Berlin DR 8.
- ³⁷ Stenografisches Protokoll. BA Berlin DM 3 BRF II / 3836, S. 6.